

Die EU - das nächste Corona-Opfer?

Markus Lehner, Neue Internationale 246, Mai 2020

Seit Beginn der Corona-Krise schien es so, als seien die EU-Regularien nur noch Schall und Rauch: Grenzschließungen, Verschuldung für Rettungspakete, Unternehmensstützungen, Beschaffung von medizinischen Gütern und Schutzkleidung etc. - alles wurde rein nach Gutdünken der einzelnen Staaten durchgeführt, ohne die EU-Institutionen auch nur zu fragen, und oft in Konkurrenz zueinander. Dies trifft allerdings nicht zu auf eine Einrichtung mit Adresse in Frankfurt: die Europäische Zentralbank (EZB).

Widersprüche und Gemeinsamkeiten

Als im März neben dem Zusammenbruch der Gesundheitssysteme auch der allgemeine Finanzcrash drohte, griff die EZB in Kooperation mit der US-Zentralbank durch Billionen schwere Stützungskäufe von Staats- und Unternehmensanleihen sofort ein. Schneller noch als in der Euro-Krise von 2010-12 verhinderte die EZB so die Ausweitung der Krise zu einem Währungs- und Finanzdesaster im Euroraum. Was immer die politischen Maßnahmen derzeit an Auseinanderdriften in Europa anzeigen - die gemeinsame Währungspolitik (auch die Nicht-Euro-Länder der EU sind praktisch an die EZB gefesselt) und ihre Wirkungsweise in der Krise weisen auf das Weiterbestehen des Zwangs zum Zusammenwirken hin.

Diese Widersprüchlichkeit kommt nicht zuletzt in dem immer heftiger werdenden Gerangel um die Bewältigung der kommenden Wirtschaftskrise im EU-Raum zum Ausdruck. Allein in der Euro-Zone wird dieses Jahr mit einem Einbruch von über 10 % des BIP gegenüber dem Vorjahr gerechnet. So unterschiedlich die Länder

auch betroffen sind – man denke nur an die katastrophale Lage in Spanien und Italien mit monatelangem Lockdown -, so sehr trifft der wirtschaftliche Einbruch alle EU-Staaten. Was Absatzmärkte, Produktionsketten, Dienstleistungen, Investitionsbewegungen betrifft, sind auch die großen „nordischen“ Kapitale stark von einem Wiederanlaufen aller EU-Ökonomien abhängig.

Italien gehört neben Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Schweden zu den Ländern mit den größten Vermögen und Kapitalen in der EU. Insbesondere Norditalien ist Endpunkt vieler Produktionsketten und Sitz großer Dienstleistungs- und Bankenkonzerne. Letzteres gilt auch für Spanien. Beide Länder wiesen schon vor der Krise enorme Verschuldungsprobleme auf. Italien allein sitzt auf einem Schuldenberg von 2,5 Billionen Euro mit einer 135 %-Staatsverschuldungsquote gemessen am BIP. Auch Spanien steht mit 97 % am oberen Ende der Verschuldung. Das Stocken der Produktion in den Zentren und das Ausbleiben von Geldflüssen von ArbeitsmigrantInnen trifft aber auch die osteuropäischen EU-Ökonomien schwer, wie auch viele andere Länder den enormen Rückgang des Tourismus (wahrscheinlich für das ganze Jahr) fühlen werden (z. B. Griechenland). Während alle diese Länder gerade ihre Corona-Sonderpolitik betreiben, rufen sie gleichzeitig nach den ökonomischen Rettungsringen der EU. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären?

Nationalstaaten, internationale Kooperation und Imperialismus

Friedrich Engels bemerkte in [„Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“](#) (MEW 19, S. 189-228), dass die Widersprüche von vergesellschaftender Tendenz und privater Aneignung (die sich auch in einer immer stärker werdenden Konzentration und Internationalisierung der Kapitale ausdrücken) speziell in Krisenzeiten dem kapitalistischen Staat eine spezielle Rolle zuteilen: „Und der moderne Staat ist wieder nur die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten“ (MEW 19, S. 222) und agiert so als „ideeller Gesamtkapitalist“.

Längst ist das Kapital der ursprünglichen Form dieses ideellen Gesamtkapitalisten, der Form des Nationalstaates, entwachsen. Gleichzeitig hat es sich aufgrund der ungleichen ökonomischen Entwicklung als unmöglich erwiesen, über die Nationalstaaten hinausgehende staatliche Vereinigungen hervorzubringen, die über Teilaspekte und -kompromisse hinausgehen. In der Ära des Monopol- und Finanzkapitals ist die einzige übernationale Form der Regelung der gemeinsamen weltweiten „allgemeinen äußeren Bedingungen“ der Imperialismus: die weltweite Dominanz einiger großer Kapital- und Militärmächte, die mal mehr miteinander kooperieren, mal mehr gegeneinander konkurrieren.

In der Globalisierungsperiode ist die Konkurrenz zwischen den großen Kapitalen um Marktanteile und politische Kontrolle über wichtige Regionen enorm angestiegen - nicht zuletzt aufgrund des Auftretens neuer Mächte wie China und Russland, aber auch durch die Risse in der US-Hegemonie. Das EU-Projekt ist gerade in dieser Situation als Bündnis großer europäischer Kapitalinteressen entstanden, die ansonsten in der Weltmarkt- und Weltmacht Konkurrenz unterzugehen drohten. Die EU-Verträge dienten der Schaffung eines geschützten Wirtschaftsraumes, der einheitliche Handels- und Investitionsbedingungen, insbesondere für die großen Kapitale schaffen sollte. Insofern ist die EU ein Bündnis imperialistischer Staaten, das auch seine eigene halbkoloniale Peripherie teilweise mit einbezieht. Mit den „Freizügigkeitsregelungen“ und der gemeinsamen Währungspolitik wurden dabei inzwischen tatsächlich die Profitabilitätsbedingungen stark angeglichen. Die Verflechtungen der Märkte für Waren und Dienstleistungen wie auch der Produktionsprozesse sind daher so weit gediehen, dass selbst Britannien mit all seinen Sonderwegen mit dem Brexit enorme Probleme mit der Entflechtung hat.

Zerstrittenheit über die Krisenlasten

Andererseits gehört zum EU-Kompromiss, dass die wichtigen Einzelstaaten auf einer Eigenständigkeit in wichtigen Politikfeldern bestanden: nicht nur in der Sicherheits-, sondern auch in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Nicht nur in

internationalen Konflikten oder in der Migrationsfrage ist die EU daher zutiefst handlungsunfähig und zerstritten. Insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten bricht der Widerspruch von gemeinsamem Wirtschafts- und Währungsraum auf der einen Seite und der Frage von Haushaltspolitik und Schuldenmanagement auf der anderen Seite mit großer Schärfe aus. Schon in der letzten Euro-Krise mussten sich hochverschuldete Euro-Länder zu immer schlechteren Zinsen und Kreditbedingungen refinanzieren, während die „Nordländer“ das Geld auf den Kapitalmärkten quasi nachgeschmissen bekamen. Schon damals wurde der Vorschlag gemeinsamer europäischer Anleihen als Ausgleichsmechanismus dafür abgelehnt.

Die FinanzministerInnen Deutschlands, der Niederlande und anderer „Sparländer“ gerierten sich als KämpferInnen gegen eine „Transferunion“, in der angeblich „reformunwillige“ Südländer (insbesondere Griechenland) von den Ländern mit „ordentlicher Finanzpolitik“ ausgehalten würden. Wie heute auch waren aber die Südländer nicht selbstverschuldet in die Krise geraten. Die Finanzmarktderegulierungen (auch der EU) hatten ihnen in der Finanzkrise eine Bankenkrise beschert, an der auch die großen „Nord“-Kapitale stark beteiligt waren. Die schließlich beschlossenen „Rettungspakete“ waren dann eine Transformation dieser Bankenkrise in eine Staatsschuldenkrise, an der diese Länder bis heute leiden. Denn der Hauptmechanismus, der ESM („Europäischer Stabilisierungsmechanismus“) verband die Refinanzierung dieser Schulden mit enormen Auflagen, was Einsparungen, Steuerpolitik, „Rentenreformen“ und Ausverkauf von bisher geschützten Bereichen betraf.

Es ist daher kein Wunder, dass mit der jetzigen schweren Krise der Streit um Euroanleihen, umbenannt in „Coronabonds“, neu ausgebrochen ist. Unter Führung von Frankreich wurde diesmal der Konflikt mit den Sparmeisterländern mit harten Bandagen geführt. Immerhin geht es nicht nur um einen ökonomischen Konflikt. Inzwischen sitzen den meisten Regierungen euroskeptische PopulistInnen im Nacken, die jede Gelegenheit von „Diktaten aus Brüssel“ dazu nutzen, ihre Art von Pseudo-Opposition zu betreiben. Insbesondere in Italien war Salvini, als er noch in der Regierung war, ein Meister darin, sich als Anti-Brüssel-Held zu inszenieren - womit er mit dem Gewicht der italienischen Ökonomie weitaus mehr Aussichten hatte als die Tsipras-Regierung mit

Griechenland zuvor. Die jetzige Regierung Conte steht angesichts der Schwere der Krise und der harschen Reaktion der Nordländer nun unter dem Druck einer starken EU-Ablehnung in der Bevölkerung, die Salvini wieder an die Regierung bringen könnte. Macron und die französische Bourgeoisie brauchen nach dem Brexit Länder wie Italien und Spanien unbedingt als Gegengewicht zur deutschen Vorherrschaft - und streben sowieso eine weitergehende Fiskalunion an.

Auch die wackelige niederländische Regierung unter dem „liberalen“ Premier Rutte steht unter starkem Druck der eurokritischen RechtspopulistInnen vor den Wahlen nächstes Jahr. Als Führungskraft der „Hansegruppe“ (nordeuropäische Länder, die sich als „liberale“ MusterschülerInnen sehen) fiel es daher Anfang April dem niederländischen Finanzminister Hoekstra zu, den Gegenspieler zu Macron/Conte/Sánchez zu spielen. Nach der Telefonkonferenz vom 9. April, auf der Hoekstra 36 Stunden lang jegliche Form von Eurobonds ablehnte, verkündeten einige EU-PolitikerInnen schon das mögliche Ende der EU. Portugals Ministerpräsident erwog sogar den Ausschluss der Niederlande aus der Euro-Gruppe.

Zwei Lager vor dem Hintergrund einer neuen Euro-Krise

Dabei waren die realen Positionen scheinbar gar nicht so weit auseinander. Die Notfallfonds der Europäischen Investitionsbank (EIB) für angeschlagene Unternehmen von 200 Milliarden und der EU-Kommission von 100 Milliarden für KurzarbeiterInnengeld („Sure“) waren unumstritten. Es ging letztlich darum, dass sich alle Staaten bis zu 2 % ihres BIP für ihre unmittelbaren Finanznöte in der Corona-Krise über den ESM ausleihen können sollten. Hoekstra wollte dem nur zustimmen, wenn damit auch die altbekannten Auflagen des ESM, was „Reformpolitik“ betrifft, unterschrieben würden - also die Haushaltspolitik der betroffenen Länder praktisch unter Kontrolle der EU-SparkommissarInnen gestellt würde.

Angesichts der Situation in Italien konnte dies nur als ungeheure Provokation aufgefasst werden, die den Gipfel insgesamt zum Platzen brachte. Dies führte die EU damit tatsächlich an den Rand einer schweren Krise. Für was wäre sie noch zu gebrauchen, wenn sie nicht eines ihrer zentralen Mitglieder vor dem finanziellen und politischen Kollaps bewahren kann, andererseits aber das rechtsautoritäre Orbán-Regime problemlos weiterfinanziert wird, weil es sich an die finanzpolitischen Regeln hält?

Damit kam es am 23. April zu einer weiteren „Entscheidungsschlacht“ per Videoschaltung. Als typischer weiterer EU-Kompromiss erschien nunmehr eine Art europäischer Marshallplan, ein Corona-Wiederaufbauprogramm finanziert aus dem EU-Haushalt. Da es sich dabei um ein Programm in der Größenordnung von 1 bis 1,5 Billionen Euro handelt, ist das natürlich nichts, was direkt aus dem Haushalt finanziert, - sondern nur über Kapitalaufnahme auf „den Märkten“ aufgebracht werden kann. Natürlich handelt es sich daher (wie schon bei den Maßnahmen der EZB) eigentlich wieder um eine Form der Gemeinschaftsschulden, nur, dass anders als bei den Eurobonds nicht die Einzelstaaten, sondern die EU als Ganzes in die Haftung ginge. Ironischerweise würde so die EU tatsächlich ein großer Player auf dem Gebiet der Fiskalpolitik werden (bisher ist die Agrarpolitik der größte Haushaltsbereich).

Damit ist klar, dass der alte Konflikt in neuer Form auftreten musste: um die Bedingungen des Zugangs zum Wiederaufbaufonds. Angesichts der schon vor der Krise verzweifelten Schuldenlage verlangt die Macron/Conte/Sánchez-Front, dass die Mittel als Zuwendungen („Investitionen“) fließen, während Hoekstra/Scholz darauf bestehen, dass es um Kredite (also weitere Verschuldung) geht. Auch diesbezüglich waren die Fronten so verhärtet, dass es weiterhin keine Einigung gibt. Nunmehr soll die EU-Kommission einen Kompromiss mit einem Mix aus Investitionen und Krediten finden.

Schreckgespenst EU-Kapitalismus ...

Die Lösung der Zwickmühle zwischen Verschuldung, Rettung von Betrieben und langfristiger Neuausrichtung von Industrien ist natürlich schwer, wenn man von der „Unantastbarkeit“ des Privateigentums ausgeht – dieses also nur durch den Bankrott enteignet. Für SozialistInnen ist die Antwort einfacher: Streichung aller Schulden, EU-weite Verstaatlichung maroder Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle und Entwicklung eines Planes zur sozial und ökologisch gerechten Umgestaltung der europäischen Industrien.

Angesichts der Dimension der zu erwartenden Krise ist diese Verschärfung der Widersprüche in der EU eine Vorbereitung auf Heftigeres. Einerseits wirken die ökonomischen Zwänge zum Erhalt der Wirtschafts- und Währungsunion weiterhin dahin, dass das EU-Schiff durch immer neue Kompromisse auf stürmischer See zusammengeflickt wird. Dabei kann die EU während der Krise sogar zu weiteren Schritten Richtung Fiskalunion stolpern. Genauso möglich ist aber auch, dass sich der politische Streit und der weitere Aufstieg des Anti-EU-Populismus zu einer Zerfallskrise der EU aufschaukeln.

Für SozialistInnen ist klar, dass die EU insgesamt ein imperialistisches Projekt vor allem im Interesse der großen EU-Kapitale ist. Auch die jetzigen „Rettungspakete“ werden aus den Kapitalzuflüssen nicht zuletzt auch aufgrund der Weltmarktstellung der EU und des Euro finanziert. Leidtragende gerade in Krisenzeiten sind damit vor allem halbkoloniale Regionen – und diejenigen, die dann logischerweise aufgrund der angerichteten Situation zur Flucht gezwungen sind, wird dann auch noch das „demokratische“ EU-Grenzregime der „Festung Europa“ entgegengehalten. Diese EU verteidigen wir in keiner Weise – sie muss überwunden werden!

Andererseits ist die Rückkehr zur Nationalstaatlichkeit ein Rückschritt und keine Alternative. Die erreichte Europäisierung der Produktivkraftentwicklung, die übernationalen Verbindungen auf vielen Ebenen, die kulturellen Vereinigungstendenzen – all das sind auch tatsächliche Fortschritte, die nicht auf dem Altar von Nationalismus, Protektionismus und wahrscheinlich auch neuem Militarismus geopfert werden sollten. Daher muss die kriselnde EU nicht durch ein Weniger, sondern durch ein Mehr an Europa ersetzt werden – etwas wozu die

europäischen Bourgeoisien mit ihrer kleinlichen Krämerpolitik nicht in der Lage sind.

... oder Vereinigte Sozialistische Staaten von Europa?

Trotzki fasste dies schon nach dem Ersten Weltkrieg so zusammen: „Eine mehr oder weniger vollständige wirtschaftliche Vereinigung Europas von oben durch eine Übereinkunft der kapitalistischen Regierungen ist eine Utopie. Weiter als zu Teilkompromissen und zu halben Maßnahmen kann auf diesem Wege die Sache niemals gedeihen. Umso mehr wird eine wirtschaftliche Vereinigung Europas, welche sowohl für die Produzenten als auch die Konsumenten und für die kulturelle Entwicklung überhaupt von großem Vorteil wäre, zu einer revolutionären Aufgabe des europäischen Proletariats in seinem Kampf gegen den imperialistischen Protektionismus und dessen Werkzeug, den Militarismus“ ([Trotzki, Friedensprogramm](#)). Die Vereinigten Staaten von Europa werden also erst als ein sozialistisches Projekt Wirklichkeit werden!

Die Krise der Europäischen Union

Die Krise der Europäischen Union, Liga für die Fünfte Internationale, Kapitel 1: Einleitung, Broschüre der Gruppe ArbeiterInnenmacht, April 2019

Auf ihrem Sondergipfel in Lissabon im März 2000 verpflichteten sich die Staats- und RegierungschefInnen der Europäischen Union auf Initiative ihrer dominierenden Mächte Deutschland und Frankreich, „Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten

Wirtschaftsraum der Welt zu machen“. Zwei Jahrzehnte später ist die Europäische Union stattdessen das „schwächste Glied“ in der imperialistischen Weltordnung geworden. Tatsächlich wäre „Unordnung“ ein besserer Begriff für eine Welt rivalisierender Mächte, die in Handelskriege, neue kalte und heiße Kriege verwickelt sind und die sich weigern, irgendetwas Ernsthaftes zur Verhinderung einer Klimakatastrophe und globaler Konflikte zu tun. Innerhalb der Union selbst sind offene Kämpfe um die Art und Zukunft ihrer Verfasstheit ausgebrochen, einschließlich des Versuchs der drittgrößten Volkswirtschaft auszutreten.

Nur die ArbeiterInnenklasse, die soziale Kraft, die heute weltweit größer ist als je zuvor, kann die drohenden gesellschaftlichen, politischen, militärischen und ökologischen Katastrophen stoppen - durch eine revolutionäre Machteroberung und einen sozialistischen Produktionsplan. Doch die Führungen ihrer Massenorganisationen, der politischen wie gewerkschaftlichen, haben sich wiederholt als unfähig erwiesen, sich diesen Aufgaben überhaupt zu stellen, geschweige sie zu erfüllen.

Mit der Einführung des Euro um die Jahrhundertwende und dem Lissabon-Vertrag im Jahr 2009 sollte der schon damals größte Markt der Welt zu einem gemeinsamen europäischen Kapitalblock werden. Das würde nichts Geringeres bedeuten als die politische und militärische Vereinigung des Kontinents unter deutscher und französischer Herrschaft. Seine führenden PolitikerInnen erklärten, wenn auch vorsichtig, dass sie zu den USA aufschließen und sie weltweit herausfordern wollten.

Sie verabschiedeten eine Reihe von Maßnahmen zur wirtschaftlichen Vereinheitlichung der EU:

- die vollständige Umsetzung einer europaweiten, neoliberalen Agenda, die

es den großen Monopolen ermöglichen sollte, alles zu übernehmen, was noch nicht privatisiert und kommerzialisiert worden war;

- mehr „Reformen“ auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen durchzuführen, d. h. ein Programm zum Abbau der Arbeits- und Gewerkschaftsrechte, zur Erhöhung der Ausbeutung und zur Verringerung der Leistungen der Sozialversicherung und der „Lohnnebenkosten“, wodurch die Arbeitskraft sowohl in den wichtigsten imperialistischen Ländern als auch in den schwächeren halbkolonialen Staaten Ost- und Südeuropas massiv verbilligt werden sollte;
- weitere Expansion der EU und der Eurozone unter der direkten Führung Deutschlands und der anderen führenden imperialistischen Mächte mit dem Ziel, neu eintretende Länder zu einem halb-kolonialen Raum unter ihrer direkten Kontrolle zu machen.
- das gesamte europäische Finanzsystem und die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten einer stärkeren Kontrolle durch die Europäische Zentralbank (EZB) durch Europa-Abkommen und europäische Institutionen unterzuordnen, die ihrerseits von den großen und wettbewerbsfähigsten Mächten des Kontinents dominiert werden;
- die Schaffung von „europäischen Champions“, also großen Monopolen, die über die bestehenden nationalen Kapitalstrukturen hinausgehen und so Banken, Industrie- und Dienstleistungskonzerne bilden, die mit US-amerikanischen, japanischen und chinesischen WettbewerberInnen konkurrieren können;
- die Vereinheitlichung der europäischen Forschung und Entwicklung sowie der Bildungssysteme im Sinne des Ziels, den größten „wissensbasierten Wirtschaftsraum“ zu schaffen;

- die Vereinheitlichung der Sicherheitsorgane, die Bildung europäischer Kampfverbände und verschiedene Schritte zur Bildung einer europäischen Armee;
- Ausweitung des freien Finanz-, Waren- und Arbeitskräfteverkehrs innerhalb der EU bei gleichzeitiger Versiegelung ihrer Grenzen durch gemeinsame Abkommen (Schengen, Dublin,...), um die so genannte Festung Europa zu schaffen.

All dies erforderte eine ideologische Rechtfertigung wie die Schaffung eines Raums der „Demokratie“ und des „Friedens“, des Fortschritts, des sozialen Wohlstands, der Menschenrechte und in jüngster Zeit der weltweiten Führungsrolle bei der Bewältigung der Umweltkrise.

Diese Ansprüche waren immer falsch. Vom Vertrag von Rom bis zu den heutigen rassistischen Grenzkontrollen waren die EU und ihre Vorgängerinnen stets Projekte der großen imperialistischen Mächte des Kontinents, zunächst in enger Zusammenarbeit mit den USA, später aber in einem zunehmend konkurrenzorientierten Verhältnis.

In den 1990er Jahren und sogar Anfang der 2000er Jahre war die EU eindeutig auf dem Vormarsch. Der Sieg des Westens im Kalten Krieg öffnete Osteuropa für das europäische Großkapital, wobei der deutsche Imperialismus eine Vorreiterrolle spielte. Die Wiedervereinigung machte ihn zur mit Abstand stärksten Macht des Kontinents, weit vor seinen französischen, britischen oder italienischen Partnern und Rivalen.

Der Aufstieg der EU war von der Allianz des deutschen und französischen Imperialismus vorangetrieben worden, verkörpert in

der engen Zusammenarbeit zwischen Helmut Kohl und François Mitterrand, dann zwischen Jacques Chirac und Gerhard Schröder. Sie verkörperten auch eine europaweite Koalition zwischen Konservativen und SozialdemokratInnen, um das europäische Projekt voranzutreiben.

Die Europäische Union im 21. Jahrhundert

Die Krise der Europäischen Union, , Liga für die Fünfte Internationale, Kapitel 2, Broschüre der Gruppe ArbeiterInnenmacht, April 2019

Das 21. Jahrhundert hat jedoch die tiefen Widersprüche, die das „europäische Projekt“ von Anfang an verkörperte, an die Oberfläche gebracht. Millionen von ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen, ja sogar große Teile der „Mittelschicht“, sind von der Politik der Europäischen Kommission, der EZB, der Staats- und RegierungschefInnen und der SchlüsselministerInnen der europäischen Großmächte enttäuscht worden.

Um die Jahrhundertwende, als die FührerInnen der Welt eine Ära der Globalisierung bejubelten, wurde die neoliberale Politik als unverzichtbarer Bestandteil dieser angeblich neuen Weltordnung angesehen. Die Europäische Union erlebte eine Hinwendung zu dem, was bisher als „angelsächsisches“ Modell galt. Die Großmächte und die EU-Institutionen haben den Weg der „Reformen des freien Marktes“ eingeschlagen.

Für Millionen wurden die alten Versprechungen eines „sozialen Europas“, das wohlhabend, „demokratisch“ und „humanitär“ sei, als schamlose Lügen offenbar.

Die Lissabon-Agenda von 2000 mit ihren Schwerpunkten Sparpolitik, „Arbeitsmarktreform“ und Wettbewerbsfähigkeit markierte nicht nur einen deutlichen Wandel in der Politik der EU, sondern auch eine Ablehnung von „Wohlfahrtsstaat“ und Keynesianismus durch alle europäischen Bourgeoisien. Nicht nur konservative Parteien, sondern auch Labour- und sozialdemokratische Parteien passten sich an den Neoliberalismus an. Ohne Blairs „Dritten Weg“ oder Schröders „Neue Mitte“-Politik wäre die Verabschiedung der neoliberalen Agenda unmöglich gewesen oder zumindest auf viel mehr Widerstand und Schwierigkeiten gestoßen.

Die führenden Mächte und die Europäische Kommission wollten nicht nur die Lissabon-Agenda, sondern auch eine neoliberale Verfassung für die Europäische Union durchsetzen. Dies stieß jedoch auf massiven Widerstand in der Bevölkerung und wurde in Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt.

Die Antwort der europäischen Regierungen und Institutionen war aufschlussreich. Nachdem die von ihnen vorgeschlagene Verfassung abgelehnt worden war, führten sie sie in Form eines „Vertrages“ ein. Dadurch wurde das Demokratiedefizit der EU für Millionen deutlich. Es wurde auch deutlich, dass es soziale, ökologische und andere Defizite gibt, die hinter diesem Mangel an europäischer Demokratie stehen. Es bestätigte sich, dass die herrschenden Klassen den europäischen Kontinent weder auf demokratische, geschweige denn „soziale“ Weise vereinen können noch wollen. Ja, sie sind bereit, den „Willen des Volkes“ völlig zu ignorieren.

Dies gilt insbesondere für die Bereiche Finanzen, Außenpolitik, Interventionen und Kriege. Die europäischen Regierungen haben „ihre“ Bevölkerung nie gefragt, ob sie Syrien oder Libyen bombardieren oder den Irak besetzen, ob sie in Mali oder anderen afrikanischen Staaten

intervenieren oder ob sie sich in der Ukraine einmischen sollten. Sie konsultierten ihre Bevölkerung auch nicht, ob sie neue europäische Militärverträge abschließen, die Osterweiterung der NATO unterstützen und Truppenaufmärsche an den Grenzen Russlands durchführen und damit einen neuen Kalten Krieg beginnen sollten.

Das letzte Jahrzehnt hat die Schwierigkeiten und Herausforderungen, mit denen die EU konfrontiert ist, deutlich gemacht.

Wirtschaftlich ist sie weit hinter den USA und China zurückgeblieben. Gleichzeitig haben die neoliberale Agenda und die insbesondere vom deutschen Imperialismus der EU auferlegte Anti-Krisenpolitik die Ungleichheit und Ungleichmäßigkeit innerhalb der Union selbst verstärkt. Nach der großen Rezession haben Deutschland und andere wettbewerbsfähigere Länder die Kosten der Krise auf die schwächeren europäischen Volkswirtschaften abgewälzt. Die Institutionen der Eurozone ließen im Namen der Haushaltsdisziplin weite Teile Südeuropas mutwillig verarmen. Sie verhängten eine wüste Sparpolitik gegen Griechenland und andere Staaten, was deren Erholung weitgehend verhinderte und sie noch anfälliger macht, falls eine neue globale Rezession eintritt. Aber Deutschland und Frankreich zahlten dafür einen hohen Preis, weil sie die zentrifugalen Tendenzen innerhalb der EU und der Eurozone verstärkten.

Militärisch und geopolitisch bleibt die EU ein Zwerg, der nicht in der Lage ist, eine Rolle zu spielen, die ihn als ebenbürtig gegenüber den USA, China oder Russland ausweisen würde. Die Versuche der europäischen Mächte, dies zu überwinden, sind alle halbherzig und spiegeln oft eher ihre Spannungen untereinander als eine klare Politik wider. Als die EU versuchte, eine Schlüsselrolle bei dem Regimewechsel in der Ukraine zu spielen, konnte sie nicht verhindern, dass die USA sie in einen neuen Kalten Krieg hineinziehen

konnten und damit die Pläne Deutschlands für engere Wirtschaftsbeziehungen zu Russland und darüberhinaus zu China zunichte machten.

Als Antwort darauf begann Putin, unbotmäßige EU-Regierungen wie Ungarn und rechtsextreme populistische Bewegungen auf dem ganzen Kontinent zu unterstützen. Gleichzeitig verschärfte die aggressive „America-First“-Politik der Trump-Administration nicht nur die Spannungen zwischen der EU und den USA bezüglich der Handels-, Militär- und internationalen Politik, sondern auch innerhalb der EU und sogar innerhalb der herrschenden Klassen derer Großmächte. Die EU entwickelt sich damit zu einem potenziellen Schauplatz, auf dem externe Mächte einige Mitgliedstaaten gegeneinander ausspielen können. Italien hat unter seiner rechtspopulistischen Regierung gegen Macron in die inneren Angelegenheiten Frankreichs eingegriffen und ein Abkommen mit China zu seiner „Neuen Seidenstraße“ (one belt, one road) geschlossen, das von anderen EU-Mitgliedern und den USA scharf abgelehnt wird.

Die so genannte Flüchtlingskrise machte die Spannungen noch deutlicher. Einwanderung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit sind zu einem Mittel geworden, um Massenkräfte von desillusionierten kleinbürgerlichen oder sogar von rückständigen Teilen der ArbeiterInnenklasse zu sammeln, die verarmt sind oder die Armut fürchten. Der Aufstieg des Nationalismus und der EU-feindlichen Teile der Bourgeoisie und des KleinbürgerInnentums spiegelt diese wachsenden Spannungen und inneren Widersprüche wider. Die EU ist kein europäischer Superstaat, sondern immer noch eine Föderation von Nationalstaaten, jeder mit seinen konkurrierenden Interessen.

Kein Wunder also, dass dies zur Bildung von

EU-feindlichen, rechtspopulistischen und rassistischen Kräften auf dem gesamten Kontinent geführt hat, die versuchen, sich als Alternative zu einer deutsch oder deutsch-französisch dominierten EU zu präsentieren, die im Begriff ist zu scheitern. Sobald kleinbürgerliche Kräfte die Szene betreten, kann und wird diese Krise irrationale Formen annehmen, die extremsten derzeit in Großbritannien, wo das ganze Land in einem Brexit feststeht, den die Mehrheit der Bevölkerung und die Mehrheit der beiden großen Klassen eigentlich nicht will.

Der Charakter der EU und die Ursachen der aktuellen Krise

Die Krise der Europäischen Union, , Liga für die Fünfte Internationale, Kapitel 4, Broschüre der Gruppe ArbeiterInnenmacht, April 2019

Die EU befindet sich in einer historischen Krise. Großbritannien hat sich entschieden, die EU zu verlassen, auch wenn der Brexit noch verschoben werden könnte. Der Brexit würde nicht nur bedeuten, dass die EU ihre drittgrößte Volkswirtschaft und eine Nuklearmacht verliert, sondern dürfte auch viele der verbleibenden Industrien des Vereinigten Königreichs selbst zerstören, insbesondere angesichts einer Konjunkturabschwächung und einer neuen sich abzeichnenden Rezession.

Die Weltwirtschaftskrise 2007/2008 und die „Schuldenkrise“ 2010/2011 haben die kapitalistischen Widersprüche in der EU verstärkt und verschärft. Mit massiven Finanzmitteln wurden das Europäische Finanzaufsichtssystem, das ESFS, und der Europäische Stabilitätsmechanismus, ESM, eingerichtet, um Banken, Finanzinstitute und die Aktienmärkte in Gang zu

halten. Dies führte zu einem Anstieg der Staatsverschuldung und zur Auferlegung von Sparprogrammen für große Teile Europas.

Das neoliberale Dogma des Sparens und Kürzens wurde den Haushalten der verschiedenen Staaten aufgedrückt, die sogenannte „schwarze Null“ (ein Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen) wurde zum Hauptziel der EU-Institutionen. Die wirtschaftlich schwächeren Staaten der EU, deren Wirtschaft größtenteils durch Neuverschuldung expandiert war, wurden damit ökonomisch ruiniert, während die wirtschaftlich stärkeren Staaten relativ stabil blieben oder sich sogar stärken konnten.

Das deutsche Industriekapital konnte seine Vormachtstellung innerhalb der EU ausbauen, seine Produktionsketten und Marktmacht konsolidieren und die Konkurrenz aus anderen EU-Staaten schwächen.

Insbesondere in den Bereichen Maschinenbau, Automobilindustrie, Elektronik, Chemie und Energie konnte die Marktmacht ausgebaut werden, während die Konkurrenz aus Frankreich, Großbritannien und Italien an Boden verlor.

Der mit Deutschland wirtschaftlich verbundene Block, d. h. Österreich, Tschechien, Ungarn, Polen und die Slowakei sowie teilweise Skandinavien und Benelux, konnte die Krise im Bereich der Industrieproduktion schneller überwinden und die Werke in Osteuropa sogar ausbauen. In Südeuropa, aber auch in Frankreich und Großbritannien kamen die Industriemonopole unter Druck. Aufgrund des Brexit begannen ausländische InvestorInnen, die Produktion für den europäischen Markt in die 27 EU-Staaten zu verlagern, was massive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt Großbritanniens haben könnte.

So führte die Krise sowohl zu einer weiteren Kapitalkonzentration als auch zu einer neoliberalen Offensive gegen

den öffentlichen Sektor sowohl in Bezug auf Beschäftigung als auch auf Dienstleistungen, vor allem auf Kosten der ArbeiterInnenklasse und der lohnabhängigen Mittelschichten. Diese Krisenergebnisse waren kein „Zufall“, sondern vom gemeinsamen Binnenmarkt und vom Währungsraum vorprogrammiert. Neben den Kreditprogrammen für die Banken, Börsen und Staatsanleihen wurde eine europäische Schuldenbremse eingeführt ebenso wie verschiedene Mechanismen zur Vertiefung der neoliberalen Politik auf dem Kontinent, sei es im Kampf gegen Gewerkschaftsorganisierung, Tarifverträge, Rechte oder für den weiteren Abbau von Arbeitsschutz und Rentenansprüchen.

Während eine solche Politik weiterhin auf dem Rücken der LohnempfängerInnen und der südeuropäischen Volkswirtschaften durchgesetzt wird, gibt es auch viele Risse innerhalb der bürgerlichen Klassen und ihrer angeschlossenen kleinbürgerlichen Schichten, die ebenfalls Teil des imperialistischen Projekts der EU sind. Die verhängten Maßnahmen konnten die Ursachen der globalen kapitalistischen Krise, die zu Finanzkrise und Rezession führte, nicht aufheben. Das globale Kapital ist nach wie vor von einer Kapital-Überakkumulation und sinkenden Gewinnmargen betroffen. Die Politik der USA und der EU, der Aufstieg Chinas als imperialistische Macht sowie die expandierenden halbkolonialen Volkswirtschaften (vor allem Indien) führen dazu, dass die Probleme der Überakkumulation in der nächsten Rezession noch stärker zum Tragen kommen werden. Die Finanzblase ist in jeder Beziehung größer als die vor 2008, und der Industriesektor hat nicht die notwendige Zerstörung von Sachkapital erfahren. Gleichzeitig sind die Reserven zur Bewältigung der nächsten Rezession begrenzter, mit bereits niedrigen Zinssätzen und massiven Schulden im staatlichen und privaten Sektor.

Schließlich sind die Chancen für eine koordinierte Reaktion der Großmächte wie 2009/2010 gering. Die nächste Rezession wird vor dem Hintergrund eines verschärften Kampfes um die

Neuaufteilung der Welt ausbrechen. Die großen kapitalistischen Mächte werden zwar weiterhin darauf abzielen, einen Zusammenbruch des Welthandels und des Finanzgeschäfts zu verhindern, gleichzeitig aber darauf, ihre KonkurrentInnen mit den Kosten der Rezession zu belasten.

Vor diesem Hintergrund werden nicht nur die EU, sondern auch deren einzelne Volkswirtschaften massiv unter Druck geraten. Die EU und die nationalen Regierungen werden vor der Wahl stehen, ob sie ihren US-amerikanischen und chinesischen KonkurrentInnen eine gemeinsame Antwort erteilen oder die Kosten der Krisen auf die halbkolonialen oder auch schwächeren imperialistischen Volkswirtschaften abladen wollen. Auch die bereits angespannten deutsch-französischen Beziehungen werden auf die Probe gestellt werden.

Der Charakter der Europäischen Union als Block von Nationalstaaten und nicht als Bundesstaat wird sich bemerkbar machen.

Dies spiegelt sich in der Tatsache wider, dass sich in der Bourgeoisie wenig „europäisches Bewusstsein“ entwickelt hat. Das Großkapital und die Finanzhäuser werden nach wie vor von den in den dominierenden Ländern verwurzelten Monopolen dominiert. „Europäisches“ Kapital ist eigentlich deutsches, französisches, italienisches oder sonstiges Kapital, das noch immer in den jeweiligen Volkswirtschaften verwurzelt ist.

Die Kapitale der schwächeren kapitalistischen Staaten, vor allem Ost- und Südeuropas, unterliegen dem dominanten imperialistischen Kapital, das sich während der Krise erweitert und gestärkt hat. Teile der britischen und italienischen Bourgeoisie suchen nun nach Auswegen auf nationaler Ebene. Italien will seinen Status als imperialistische Macht behaupten, steht aber unter dem Druck seiner GläubigerInnen. Der ständige Wettbewerb mit dem deutschen Imperialismus hat nicht zu einer „Annäherung“, geschweige denn zu einer Abschwächung der

inneren

Spannungen geführt, wie es sich der französische Imperialismus erhofft hatte. Vielmehr ist das genaue Gegenteil eingetreten: Im Kapitalismus überwiegt der/die stärkste MarktteilnehmerIn und wirtschaftliche Ungleichgewichte werden reproduziert und sogar verstärkt.

Die kommende Wirtschaftskrise wird die EU und die Eurozone auf den Prüfstand stellen. Was das Projekt der Vereinigung Europas betrifft, so gibt es mehrere mögliche Szenarien. Wenn die EU in konkurrierende

Blöcke mit jeweils „eigenen“ Sonderwirtschaftszonen zerfällt, würde die deutsch-französische Führung sicherlich zerbrechen. Andererseits dürfte ein kleiner „Kerneuropa“-Block um Deutschland oder gar Deutschland-Frankreich weiterhin große Teile Europas wirtschaftlich dominieren, wenn auch in anderer Form. Im schlimmsten Fall könnten die EU in zahlreiche „unabhängige“ Staaten implodieren, die bereits geschaffenen Wirtschaftsbeziehungen sich auflösen und dies zum völligen Zerfall der Produktivkräfte führen und damit eine Form der Balkanisierung des gesamten Kontinents heraufbeschwören.

Schließlich kann auch eine Form der

Vereinigung unter deutsch-französischer Führung nicht völlig ausgeschlossen werden, aber dies könnte nur eine vollständige politische Unterordnung der anderen EU-Staaten, insbesondere der wirtschaftlich schwächeren, bedeuten. Sie könnte nur durch wirtschaftliche Gewalt und politischen Zwang zustande kommen

und wäre daher eine „Vereinigung“, die früher oder später zu Spannungen, Konflikten

und Auseinanderfallen führen würde.

Die europäische Wirtschaft und das soziale

Leben haben sich zwar stärker europaweit verzahnt und integriert, so dass die Freizügigkeit der Menschen auf dem gesamten Kontinent möglich werden konnte und

als Folge davon die nationale Engstirnigkeit sich bis zu einem gewissen Grad

verringert hat, insbesondere bei den jungen Menschen und denjenigen, die in international organisierten Dienstleistungen und Industrien tätig sind. Aber die kapitalistischen Klassen waren nicht in der Lage, den Kontinent zu vereinheitlichen, da dies auch die Überwindung seiner ungleichen Entwicklung und die Anhebung der sozialen und wirtschaftlichen Standards auf das höchste Niveau erfordern würde. Das ist auf kapitalistischer Ebene unmöglich, ebenso wie es für die imperialistischen Bourgeoisien aus Deutschland, Frankreich und die schwächeren Mächte unmöglich ist, den Kontinent organisch zu entwickeln. Für sie ist die Vereinigung Europas nur dann sinnvoll, wenn sie auf der Dominanz ihres Kapitals beruht, auf der Fortsetzung der Ausbeutung halbkolonialer Räume durch Integration dieser in ihre Produktions- und Vermarktungssysteme. Während die deutsche und die französische herrschende Klasse sich vielleicht darauf einigen könnten, die schwächeren Teile des Kontinents unter sich aufzuteilen, streben dennoch beide KapitalistInnenklassen, beide imperialistischen Staaten danach, der dominante Teil in dieser Beziehung zu sein – ein Widerspruch, der nicht auf der Grundlage des kapitalistischen Systems überwunden werden kann.

Darüber hinaus versuchen die HauptkonkurrentInnen der EU bereits, diese Krise zu nutzen und in sie einzugreifen. Die USA unter Trump wollen die EU als eine Reihe von einzelnen Handels- und IndustriepartnerInnen behandeln und so zerlegen. China strebt den Zugang zur EU an und nutzt die Bedeutung seines Marktes für das europäische Kapital im Kampf mit den USA. Russland will auch eingreifen, wenn auch mit dem bescheideneren Ziel, Wirtschaftssanktionen und eine politische Isolierung durch die USA und einige EU-Staaten zu überwinden. Selbst schwächere imperialistische Mächte außerhalb der EU suchen Zugang zu ihren Märkten. Schließlich versuchen nicht nur Staaten, sondern auch einige Teile der globalen Rechten, wie z. B. die Alt-Right aus den USA, sich in die Krise Europas einzumischen.

Die aktuellen Spannungen und inneren Widersprüche drücken sich darin aus, dass die EU an einer Reihe von Fronten nicht vorankommt. Ihre Struktur und Verfassung spottet nicht nur selbst

bürgerlichen Formen der Demokratie. Der Verbleib entscheidender Kompetenzen bei den nationalen Regierungen hat auch zu inneren Blockaden, Verzögerung von „Reformprojekten“ und einer Reihe halbherziger Entscheidungen geführt. Die vermeintlichen „Lösungen“ für diese Probleme haben selbst zu einer Abschaffung der demokratischen Kontrolle, vor allem im Finanz- und Wirtschaftsbereich, oder zu „Ausnahmen“ von den EU-Vorschriften geführt, die die Verhandlungsmacht der verschiedenen Staaten widerspiegeln.

Je größer die Krise der Institution, je geringer ihre Legitimität in der Bevölkerung, desto mehr „ermuntert“ dies einen reaktionären Antieuropäismus der populistischen oder gar faschistischen Rechten. Die Salvinis, Orbáns, Straches der Welt, obwohl sie alle AnhängerInnen ihres nationalen Kapitals und der Interessen ausländischer InvestorInnen sind, nutzen die wirkliche arbeiterInnenfeindliche und antisoziale Politik der EU oder der Großmächte aus einem erzreaktionären, nationalistischen und rassistischen Blickwinkel.

Andererseits stellen die liberalen, grünen, proeuropäischen Konservativen sowie die Mehrheit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften die derzeitige EU und ihre Reform als eine ultimative Leistung dar. Sie bezeichnen alle, die die EU ablehnen, als neoliberal, undemokratisch, rassistisch oder imperialistisch und als „antieuropäisch“.

Beide Lager versuchen, die Massen für ihre eigenen Zwecke zu täuschen, aber für die europäischen KapitalistInnenenklassen steht der entscheidende Moment bevor. Sie brauchen eine „Reform“ der EU, um ihre inneren Blockaden zu überwinden, um eine politische und militärische Vereinigung von oben herbeizuführen und die EU zu einer echten Konkurrentin gegenüber den USA oder China zu machen. Oder sie müssen sich für eine andere Strategie entscheiden.

Diese könnte in einer untergeordneten „Partnerschaft“ mit einer der stärkeren Mächte bestehen und darin, die Rolle einer „Juniorpartnerin“ in der Weltpolitik zu spielen, wenn die EU weiter stagniert. Natürlich könnte es eine „privilegierte Partnerschaft“ mit den USA geben ebenso wie enge Beziehungen zu einem expandierenden China oder eine engere Zusammenarbeit mit Japan. Gleichzeitig wird die anhaltende Krise auch zu „Blöcken“ innerhalb der EU führen, sei es um eine dominante europäische Macht wie Deutschland herum oder um andere imperialistische Mächte herum, wie den USA. Nichts ist sicher außer der Tatsache, dass sich die Dinge nicht mehr so wie bisher hinziehen können. Europa ist bereits in einer tiefen Krisenphase und diese wird sich fortsetzen und verschärfen.

Perspektive: Euro-Krise und Euro-Austritt

Susanne Kühn, Neue Internationale 181, Juli/August 2013

Die permanente Krise der EU und der Euro-Zone wirft in fast allen europäischen Ländern die Frage nach dem Austritt aus Euro oder EU auf. Das gilt auch für die Linke. In Griechenland ist das fast zur Standfrage jedes Radikalen geworden. In Deutschland liebäugeln Lafontaine und Wagenknecht damit.

Diese Frage wird in den nächsten Jahren noch stärker ins Zentrum politischer Debatten treten, je mehr sich die Krise der EU vertieft. Schon jetzt vertritt ein größer werdender Teil der politischen Linken die Parole eines Austritts von Ländern wie Griechenland aus der Euro-Zone.

Die reformistische Linke, die stalinistische KKE oder linke Keynesianer wie Costas Lapavistas von Syriza versprechen, dass eine Rückkehr zur Drachme die Grundlagen für eine „eigenständige“ nationale Wirtschaftspolitik und eine prosperierende Nationalökonomie auf Basis eines keynesianischen Programms oder einer nicht näher definierten „Volksmacht“ (KKE) legen könne. Lapavistas

erkennt dabei immerhin an, dass eine Währungsreform in Griechenland zu einer massiven Abwertung der neuen Währung und damit auch der verbliebenen Geldvermögen der Massen führen würde. Aber nach einer gewissen „Umstellungsphase“ könne wieder eine ausgewogene Entwicklung der nationalen Wirtschaft erreicht werden. Dieses Programm ist utopisch und gegen die Arbeiterklasse gerichtet.

Warum? Die kapitalistische Krise kann nicht auf Basis einer „unabhängigen“ nationalen - und weiter kapitalistischen - Ökonomie gelöst werden. Der Weltmarkt und das imperialistische Weltsystem sind eine Realität, die der jeweiligen Volkswirtschaft ihren Platz im Rahmen internationaler Arbeitsteilung und Hierarchie zuweist - unabhängig davon, ob sie eine eigene Währung hat oder nicht.

Auch wenn revolutionäre MarxistInnen das Recht auf nationale Selbstbestimmung verteidigen (und damit auch das Recht jedes Landes, aus der EU auszutreten), wäre es andererseits ein politisch gefährliches, ja schädliches Zugeständnis an jeden Nationalismus zu suggerieren, dass die sozialen Interessen der Arbeiterklasse u.a. nicht-ausbeutender Klassen in einem „unabhängigen“ Nationalstaat besser aufgehoben wären.

Die nationalstaatliche Ordnung des globalen Kapitalismus ist vielmehr eine Fessel, eine Schranke für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte, eine Quelle der Krise und nicht ihrer Lösung.

Die Vereinheitlichung der EU, die Einführung des Euro sind auch eine Antwort auf reale Entwicklungstendenzen der Produktivkräfte, wenn auch unter der Herrschaft des Finanzkapitals und der Regierungen Deutschlands, Frankreichs u.a. „führender“ EU-Staaten.

Doch die aktuelle Krise der EU, das immer stärkere Auseinanderdriften der EU und des Euro-Raums sind notwendige, keinesfalls zufällige Auswirkungen der Tatsache, dass die imperialistische Bourgeoisie Europa in ihrem Interesse zu „einen“ versucht - damit allerdings eher das Gegenteil dessen erreicht.

Die Herrschaft dieser Bourgeoisie ist somit selbst zu einem Hindernis für die Überwindung der europäischen Krise geworden, für eine Lösung der großen Probleme des Kontinents, für die Überwindung der nationalen Schranken und sozialen Ungleichheit.

Wie aber sollen nun RevolutionärInnen, wie soll die Arbeiterklasse reagieren?

Indem sie selbst die Parole der Rückkehr zu einem „eigenen“ nationalen Staat, zu einer „eigenen“ Währung aufstellt? Das wäre in der Tat ein Schritt zurück hinter den erreichten Stand der Internationalisierung der Produktivkräfte, es wäre eine reaktionäre Losung.

Die Losung muss vielmehr sein: „Keine Opfer für EU oder Euro!“ Das bedeutet: Nein zu allen Spardiktaten, allen Auflagen usw. Zweifellos könnte eine solche Politik - auch wenn sich eine bürgerliche Regierung weigern würde, den Diktaten der EU zu folgen - zu einem Rauswurf eines Landes aus der Euro-Zone führen. Die deutschen und französischen Imperialisten würden dann wahrscheinlich ein Exempel statuieren wollen.

In diesem Fall müsste die Arbeiterbewegung in Europa gegen den Rauswurf des Landes ankämpfen und stattdessen die Streichung aller Sparprogramme, die Streichung der Schulden usw. fordern.

Die Antwort von RevolutionärInnen auf die imperialistische Einigung ist nämlich grundsätzlich nicht die Rückkehr zu unabhängigen Nationalstaaten mit eigener Währung etc., sondern die Vereinigung Europas durch die Arbeiterklasse, der Kampf für die Vereinigten sozialistischen Staaten Europas. Auf diesem Weg ist der Austritt irgendeines Landes aus der Eurozone kein wie immer gearteter unvermeidlicher Punkt. Im Gegenteil: im Kampf für eine revolutionäre Vereinigung Europas wäre das vielmehr ein Rückschritt.

Leo Trotzki hat sich in seinem „Friedensprogramm“ von 1916/17 hypothetisch mit dem Fall einer imperialistischen Einigung Europas und der Politik des Proletariats für diesen Fall befasst:

„Nehmen wir einmal für einen Augenblick an, dass es der deutsche Imperialismus schafft, eine zwangsweise halbe Union Europas tatsächlich zu verwirklichen, wie der preußische Militarismus in der Vergangenheit die halbe Union von Deutschland geschafft hat. Was wäre dann die zentrale Parole des europäischen Proletariats? Wäre es die Auflösung des Zwangsbündnisses und die Rückkehr aller Völker unter die Obhut isolierter Nationalstaaten? Oder wohl die Wiederherstellung der Zollgrenzen, der ‚nationalen‘ Geldsysteme, der ‚nationalen‘ Sozialgesetzgebung und so weiter? Sicher nichts davon. Das Programm der revolutionären europäischen Bewegung wäre dann die Zerstörung der

antidemokratischen Zwangsform des Bündnisses, bei der völligen Beibehaltung und Erweiterung seiner Basis in Form der völligen Aufhebung der Zölle, der Vereinigung der Gesetzgebung und vor allem der Arbeitsgesetze etc. Mit anderen Worten, die Parole der Vereinigten Staaten Europas ‚ohne Zölle, ohne ständige Heere‘ würde unter diesen Bedingungen die vereinigende und leitende Parole der europäischen Revolution.“

Arbeiterregierung

Diese strategische Linie muss natürlich ergänzt werden durch die Parole der Arbeiterregierung resp. der Arbeiter- und Bauernregierung als einer Übergangsform zur Herrschaft der Arbeiterklasse, zur Diktatur des Proletariats.

Doch selbst für eine Arbeiterregierung – sollte sie z.B. in Griechenland entstehen – wäre der Austritt aus dem Euro keine strategische Option. Vielmehr ginge es um den engeren Zusammenschluss mit der Arbeiterklasse auf dem ganzen Kontinent und die Ausweitung der europäischen Revolution. Ein unmittelbares zentrales Ziel wäre es z.B., der europäischen Bourgeoisie die Kontrolle über die Zentralbank streitig zu machen, die entschädigungslose Verstaatlichung der europäischen Banken unter Kontrolle der ArbeiterInnen, der Gewerkschaften und lohnabhängigen BankkundInnen zu fordern.

Natürlich kann der Austritt aus der Euro-Zone für einen Arbeiterstaat notwendig werden. Das hängt jedoch vom Entwicklungstempo des Klassenkampfes auf dem Kontinent selbst ab. Die Errichtung einer Arbeiterregierung in nur einem Staat hätte unvermeidlich massive Auswirkungen für ganz Europa, insbesondere für die EU und die Eurozone.

Die Auffassung, dass eine Arbeiterregierung – womöglich noch in jedem europäischen Land (auch in Deutschland?!) – in jedem Fall aus dem Euro aussteigen müsse, verlässt letztlich den Boden des Internationalismus. Für eine solche Position ist die Revolution in Europa bestenfalls die Summe nationaler Revolution – nicht umgekehrt Teil einer größeren europäischen Bewegung.